Jahresabschluss und Lagebericht

zum

31. Dezember 2024

Stiftung Kinderzukunft

Anlagen - Inhaltsverzeichnis

I.	Bilanz zum 31. Dezember 2024	1
II.	Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2024	5
III.	Anhang	7
1.	Allgemeine Angaben	7
2.	Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz	10
3.	Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	11
4.	Sonstige Angaben	13
5.	Ergänzende Angaben	14
6.	Anlagenspiegel	16
IV.	Lagebericht	17
V.	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	22

I. Bilanz zum 31. Dezember 2024

		Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
AKTIVA		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
l. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software		2,00	2,00
II. Sachanlagen			
 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 	365.603,21		375.041,32
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.371,80	382.975,01	20.494,58
III. Finanzanlagen			
Wertpapiere des Anlagevermögens	309.597,24		559.815,57
2. sonstige Ausleihungen	93.500,00		238.500,00
3. Genossenschaftsanteile	99.900,00	502.997,24	99.900,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
 in Arbeit befindliche Gemeinschaftsprojekte 	7.008,87		5.850,87
2. fertige Erzeugnisse und Waren	1.507,35		110.816,00
geleistete Anzahlungen für Gemeinschaftsprojekte	646.313,21	654.829,43	333.618,61
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände		229.292,58	34.162,56
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.636.354,91	799.168,32
Übertrag		3.406.451,17	2.577.369,83

	Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
	EUR	EUR
Übertrag C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der	3.406.451,17	2.577.369,83
Vermögensverrechnung	0,00	4.343,86
	-	
Summe A K T I V A	3.406.451,17	2.581.713,69

tiftung Kinderzukunft				
			Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
PASSIVA			EUR	EUF
A. Eigenkapital				
I. Stiftungskapital			721.413,44	721.413,4
II. Kapitalrücklage (analog § 62 Abs. 3 Nr. 2 AO)			490.542,77	490.542,7
III. Ergebnisrücklagen				
 Zweckgebundene Rücklagen nach § 62 Abs.1 Nr. 1 AO (projektbezogene Rücklage, Betriebsmittelrücklage) 		434.746,63		0,00
2. Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO		381.356,83	816.103,46	142.110,56
IV. Bilanzgewinn			0,00	0,00
Summe Eigenkapital			2.028.059,67	1.354.066,77
B. Noch nicht verbrauchte Spendenmittel			164.900,85	498.920,74
C. Rückstellungen				
1. sonstige Rückstellungen			137.893,00	321.300,00
D. Verbindlichkeiten				
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 		29,74		29,74
 davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 	(29,74)			(29,74)
erhaltene Anzahlungen für Gemeinschaftsprojekte		746.579,78		279.357,78
 davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 	(746.579,78)			(279.357,78)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		963,90		12.255,45
 davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 	(963,90)			(12.255,45)
4. sonstige Verbindlichkeiten		328.024,23	1.075.597,65	115.783,21
- davon aus Steuern	(2.964,95)			(88.533,02)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(676,10)			(0,00)
pertrag			3.406.451,17	2.581.713,69

Bilanz

Stiftung Kinderzukunft

			Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
			EUR	EUR
Übertrag	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem		3.406.451,17	2.581.713,69
	Jahr	(328.024,23)		(115.783,21)
Summe	PASSIVA		3.406.451,17	2.581.713,69

II. Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2024

			Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
1. Spenden und ähnliche Zuwendungen			EUR 3.320.153,67	EUR 3.473.810,67
 Erhöhung (Verminderung) des Bestandes in Arbeit befindlicher Gemeinschaftsprojekte 			1.158,00	-4.100,62
3. sonstige Erträge			770.732,76	209.538,73
 Mittelbar und unmittelbar der Aufgabenerfüllung dienende Aufwendungen 				
a) Aufwendungen für Gemeinschaftsprojekte			28.693,08	591.485,29
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		305.411,30		392.904,21
 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung 		76.569,91	381.981,21	82.535,52
- davon für Altersversorgung	(328,56)			(328,56)
6. Abschreibungen				
 a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen 			14.647,14	12.530,62
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			3.021.793,87	7.924.559,72
 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens 			32.002,21	41.032,35
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			3.802,59	0,00
 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens 			1.916,17	3.964,32
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			4.343,86	2.977,93
12. Ergebnis vor sonstiger Steuer			674.473,90	-5.290.676,48
Übertrag			674.473,90	-5.290.676,48

	Geschäftsjahr 2024	Vorjahr 2023
	EUR	EUR
Übertrag 13. sonstige Steuern	674.473,90 481,00	-5.290.676,48 481,00
14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	673.992,90	-5.291.157,48
15. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen		
a) aus der Rücklage für Risikovorsorge (§ 55 Abs. 1 Nr. 5 AO)	0,00	783.000,00
16. Erträge aus der Kapitalherabsetzung	0,00	4.998.700,25
 Einstellung in die Kapitalrücklage nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung 	0,00	490.542,77
18. Einstellungen in Ergebnisrücklagen		
a) in die Rücklage gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO 239.246,27		0,00
b) in zweckgebundene Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO 434.746,63	673.992,90	0,00
Bilanzgewinn	0,00	0,00

III. Anhang

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Es kamen die ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften gem. §§ 264 ff. HGB zur Anwendung. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des hessischen Stiftungsgesetzes beachtet. Die Stiftung wird beim Regierungspräsidium Darmstadt unter dem Aktenzeichen I 13 – 25d 04.05/34-2018 geführt. Sie hat ihren Sitz in Gründau.

Mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 3.406.451,17 gilt die Stiftung zum 31.12.2024 als kleine Stiftung. Da das Merkmal für mittelgroße Stiftungen zum 31.12.2023 ebenfalls unterschritten wurde, treten die Rechtsfolgen aus der Überschreitung zum 31.12.2024 ein. Die Stiftung macht keinen Gebrauch von den für kleine Stiftungen möglichen Erleichterungen bei der Erstellung (§§ 266 Abs. 1, 276, 288 HGB analog) des Jahresabschlusses.Wie in den Vorjahren wird der Jahresabschluss daher nach den für mittelgroße Stiftungen geltenden Vorschriften aufgestellt.

Im Einzelnen wurden folgende Grundsätze und Methoden angewendet:

a) Gliederungsgrundsätze

Bei der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend der Empfehlung der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung bezüglich der Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21, Stand 11.03.2010) der gesonderte Ausweis der Spenden und ähnlicher Zuwendungen gewählt.

b) Bilanzierungsmethoden

Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträge enthalten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen, Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet worden.

Das Anlage- und Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten wurden in der Bilanz gesondert ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert.

Das Anlagevermögen weist nur Gegenstände aus, die bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen. Aufwendungen für die Gründung der Stiftung und für die Beschaffung des Eigenkapitals sowie für immaterielle Vermögensgegenstände, die nicht entgeltlich erworben wurden, wurden nicht bilanziert. Rückstellungen wurden nur im Rahmen des § 249 HGB und Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den Vorschriften des § 250 HGB gebildet. Haftungsverhältnisse i. S. von § 251 HGB sind ggf. nachfolgend gesondert angegeben.

c) Bewertungsmethoden

Die Wertansätze der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres stimmen mit denen der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres überein. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung der Stiftung ausgegangen. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet. Es ist vorsichtig bewertet worden, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden berücksichtigt worden, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind. Gewinne sind nur berücksichtigt worden, wenn sie bis zum Abschlussstichtag realisiert wurden. Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind unabhängig vom Zeitpunkt der berücksichtigt worden.

Spendeneinnahmen werden erst im Zeitpunkt der satzungsgemäßen Verwendung bzw. nach Verwendung gemäß den Vorgaben des Zuwendenden als Ertrag ausgewiesen.

Einzelne Positionen wurden wie folgt bewertet:

- Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu den Anschaffungskosten angesetzt und sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.
- Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

- Grundlage der planmäßigen Abschreibung war die voraussichtliche
 Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes.
- Bei Gebäuden wurden die Abschreibungen nach steuerrechtlichen Vorschriften vorgenommen.
- Die Wertpapiere des Anlagevermögens und die sonstigen Ausleihungen wurden zu den Anschaffungskosten abzüglich notwendiger außerordentlicher Abschreibungen aufgrund dauerhafter Wertminderungen angesetzt.
- Die in Arbeit befindlichen Aufträge wurden mit den für den Auftrag angefallenen Einzelkosten bewertet.
- \triangleright Die sonstigen Vermögensgegenstände und geleisteten Anzahlungen grundsätzlich wurden mit dem Nennbetrag angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Die Forderungen gegenüber dem Stifter bzw. dessen Erben wurden bezüglich der noch einzuklagenden Beträge vorsichtig unter Berücksichtigung der Erfolgsaussichten geschätzt.
- Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Sofern die Tageswerte über den Rückzahlungsbeträgen lagen, wurden die Verbindlichkeiten zum höheren Tageswert angesetzt.
- Die Rückstellungen wurden nach üblicher kaufmännischer Schätzung ermittelt. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Vom Wahlrecht der Abzinsung von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr wurde kein Gebrauch gemacht.
- Sachspenden wurden mit fiktiven Anschaffungskosten in Höhe des vorsichtig geschätzten beizulegenden Wertes angesetzt.
- Die im Jahresabschluss enthaltenen Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Soweit sich aus der Umrechnung mit dem Kurs am Bilanzstichtag Verluste ergeben, wurden die jeweiligen Vermögensposten oder Schulden mit dem Stichtagskurs angesetzt.

2. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem Anlagenspiegel ersichtlich. Ebenso die Abschreibungen des Geschäftsjahres.

Außerplanmäßige Abschreibungen gem. § 253 Abs. 3 S. 6 HGB wurden in Höhe von EUR 1.916,17 für Wertpapiere des Anlagevermögens vorgenommen.

Das Stiftungskapital ergibt sich wie folgt:

Errichtungskapital	EUR	255.645,94
Zustiftungskapital	EUR	465.767,50
Gesamt	EUR	721,413,44

Die Stiftung verfolgt ein nominales Kapitalerhaltungskonzept.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten mit TEUR 53,4 Mitarbeiter-Bonusverpflichtungen, mit TEUR 12,0 Resturlaubsverpflichtungen, mit TEUR 50,6 zukünftige Kostenbelastungen aus eingegangenen Verpflichtungen zur Durchführung von Projekten, mit TEUR 18,0 die erwarteten Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses und mit TEUR 3,9 übrige Sachverhalte.

Im Rahmen der genossenschaftlichen Beteiligung an der Bank im Bistum Essen eG besteht ein Geschäftsguthaben in Höhe von TEUR 99,9. Dieses Geschäftsguthaben ist mit einer Nachschusspflicht in dreifacher Höhe verbunden. Die Stiftung geht davon aus, dass eine Inanspruchnahme aus der Nachschusspflicht nicht erfolgen wird, da die Eigenkapitalsituation der Bank im Bistum Essen eG ausweislich des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 eine Nachschusspflicht nicht wahrscheinlich erscheinen lässt.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz auszuweisen und auch keine Haftungsverhältnisse i. S. von § 251 HGB sind, bestanden am Abschlussstichtag nicht.

3. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position "Spenden und ähnliche Zuwendungen" setzt sich wie folgt zusammen:

Zuwendungen durch Stiftungen und		
ähnliche Institutionen	EUR	794.942,80
- davon Förderung Sternstunden e.V. EUR 33.100,		•
erhaltene Zuwendungen für Gemeinschaftsprojekt	e EUR	648.567,00
<u>Übrige Geldzuwendungen</u>	EUR	1.243.950,92
Zufluss Geldzuwendungen	EUR	2.687.460,72
Nachlässe	EUR	0,00
Sachspenden	EUR	765.895,06
Zuwendungszufluss	EUR	3.453.355,78
+ im Vorjahr zugeflossene Zuwendungen	EUR	401.121,90
 noch nicht verbrauchter Zuwendungs- 		•
zufluss des Geschäftsjahres	EUR	67.102,01
- Veränderung der erhaltenen Anzahlungen	EUR	467.222,00
Gesamt	EUR	3,320,153,67

In den sonstigen Erträgen sind erhaltene Bußgelder in Höhe von EUR 149.226,29 enthalten, die ebenfalls projektbezogen zu verwenden sind.

Die sonstigen Erträge beinhalten Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von EUR 1.810,99 (Vj.: 4.314,66).

Folgender außergewöhnlicher sonstiger Ertrag ist in 2024 angefallen:

Gewinn aus der Veräußerung eines Teilgrundstücks in Guatemala

EUR 545.542,89

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Zuwendungen an die Tochterstiftungen enthalten. Es handelt sich hierbei um weitergeleitete Geld- und Sachspenden für Projekte der Tochterstiftungen. Aufgrund der in der Regel vorliegenden Zweckbindung der erhaltenen Mittel erfolgt kein Ausweis unter der Position "Aufwendungen aus Verlustübernahme" gem. § 277 Abs. 3 S. 2 HGB.

	insgesamt EUR	davon an verbundene Unter- nehmen EUR
Projektbezogene Aufwendungen in Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.780.277,63	
- Projekte der Tochterstiftung in Guatemala		1.035.672,93
- Projekte der Tochterstiftung in Rumänien		754.221,82
- Projekte der Tochterstiftung in Bosnien		642.017,72

Der Personalaufwand, die Abschreibungen, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nach Abzug der außergewöhnlichen Aufwendungen sowie die sonstigen Steuern entfallen auf folgende Funktionsbereiche:

Projektförderung Projektbegleitung	EUR 2 EUR	2.780.277,63 166.754,85	FUR 2	2.947.032,48
Öffentlichkeitsarbeit, Marketing Verwaltung	LOIX	1001/31/03	EUR	230.223,38 235.907,75
Summe				33.907,73 3.413.163,61

4. Sonstige Angaben

Die Stiftung ist mit mindestens 1/5 an folgenden Tochterstiftungen beteiligt:

Name	Sitz	Anteil
Kinderzukunft Fundatia Rudolf Walther Filiala din Timisoara	Timisoara, Rumänien	100 %
Kinderzukunft (Rudolf-Walther- Stiftung) Filijala BIH	Lukavac-Turija, Bosnien und Herzegowina	100 %
Fondacija "Selo Mira"	Lukavac-Turija, Bosnien und Herzegowina	100 %
Fundacion Futuro de los Ninos	Salcajá, Guatemala	100 %

5. Ergänzende Angaben

a) Angaben über Mitglieder der Unternehmensorgane

Vorstand

Familienname	Vorname	Beruf	Funktion	Vertretungs- befugnis
Binzel	Heinz-Werner	Unternehmer	Geschäfts- führender Vorstand (ab 17.5.2024) und Vorsitzender	Gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied
Bayer (verstorben im Mai 2024)	Hans-Georg	Diplom- Volkswirt	Geschäfts- führender Vorstand und stellv. Vorsitzender	Gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied
Lankau	Frank	Bankdirektor	Stellv. Vorsitzender (ab 17.5.2024)	Gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied (ab 17.5.2024)
Krasselt- Priemer	Thomas	Rechtsanwalt		Gemeinsam mit Vorsitzendem oder stellvertr. Vorsitzendem
Walther	Michael	Unternehmer		Gemeinsam mit Vorsitzendem oder stellvertr. Vorsitzendem

Beirat

Familienname	Vorname	Beruf	Funktion
Eyerkaufer	Karl	Landrat a. D.	Vorsitzender
Kröner	Stefan	Steuerberater	Stellv. Beiratsvorsitzender
Uhlig	Eberhard	Notar	
Kirk	Christian	Unternehmer	
Müller	Bettina	Mitglied des	
		Bundestages	
Brunner (ab	Achim	Dipl. Bank-	
31.10.2024)		betriebswirt	

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Beirats betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 0,00. Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

b) Arbeitnehmer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres waren durchschnittlich beschäftigt (ohne Organmitglieder):

	2024 Anzahl	2023 Anzahl
Angestellte - Vollzeit	4	5
Arbeiter/-innen	1	1
Angestellte - Teilzeit	2	3
Insgesamt	7	9

c) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Unterzeichnung des Jahresabschlusses 2024

Gründau, den 22.9.2025

Heinz-Werner Binzel

Geschäftsführender Vorstand und

Vorstandsvorsitzender

Anhang Stiftung Kinderzukunft 6. Anlagenspiegel

Stiftung Kinderzukunft, Gründau

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2024

		Anschaffung	Anschaffungs- und Herstellungskosten	ungskosten			Kumu	Kumulierte Abschreibungen	net		Buchwerte	verte
	1.1.2024	Zugänge	Zugänge Umbuchung Abgänge 31.12.2024	Abgänge	31.12.2024	1.1.2024	Abschreibungen des Geschäftsiahres Umbuchungen	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024 31.12.2024	31 12 2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	:											
Engetition etworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	rechte 20.207	0	0	0	20.207	20.205	0	0		0 20.205	2	8
	20.207	0	0	0	20.207	20.205	0	0		0 20.205		2
II. Sachanlagen												
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der												
Bauten auf fremden Grundstücken	541.669	0	0	277	541.092	166.628	8.861	0		0 175.489	365.603	375.041
z. Anterie Anagen, betnebs- und Geschäftsausstattung	97.150	2.664	0	1.961	97.854	76.656	5.786	0	1.960	0 80.482	17.372	20.495
	638.819	2.664	0	2.538	638.946	243.284	14.647	0	1.960	0 255.971	382.975	395.536
III. Finanzanlagen												
 Wertpapiere des Anlagevermögens 	666.991	48.277	0	316.193	399.075	107.175	1.916	0	19.614	4 89.477	309.598	559.816
	298.500	0	0	205.000	93.500	60.000	0	0	60.000		93.500	238,500
3. Genossenschaftsanteile	99.900		0	0	99.900	0	0	0		0 0	99.900	99.900
	1.065.391	48.277	0	521.193	592.475	167.175	1.916	0	79.614	4 89.477	502.998	898.216
	1.724.417	50.941	0	523.731	1.251.628	430.664	16.563	0	81.574	4 365.653	885.975	1.293.753

IV. Lagebericht

Darstellung der Tätigkeit

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Förderung des Wohls von Kindern aus sozial schwachen Schichten, die infolge ihres körperlichen, geistigen und seelischen Zustands auf Hilfe anderer angewiesen sind, im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 wie folgt erfüllt:

Kinderdörfer und angeschlossene Projekte in Guatemala, Bosnien und Rumänien

Guatemala:

- Unterbringung, Versorgung, Betreuung, Erziehung sowie schulische Bildung von bis zu 162 Kindern im Kinderdorf.
- Betrieb einer Kinderdorfschule in Salcajá mit Unterstützung des guatemaltekischen Erziehungsministeriums, auch für externe Kinder.
- Betrieb schulbegleitender Werkstätten für praktischen Unterricht (Schreiner, Schneider, Kfz-Mechaniker, Elektriker), um erste praktische Erfahrungen in verschiedenen Handwerksberufen zu ermöglichen.
- Unterhalt eines Jugendhauses außerhalb des Kinderdorfs zur Unterstützung ehemaliger Schützlinge beim Übergang in die Selbstständigkeit.
- Frühstücksprojekt für Kinder sowie Mütterschulungen im Dorf La Esperanza.
- Durchführung eines Hungerhilfeprojekts "Monrovia".
- Hungerhilfe für Kinder innerhalb und außerhalb des Kinderdorfs.
- Betrieb eines Gesundheitszentrums im Kinderdorf mit Versorgung auch externer Kinder aus der Region und Betreuung von Kindern in externen Projekten.
- Betrieb einer Landwirtschaft zur Selbstversorgung mit Obst und Gemüse sowie einer Forstwirtschaft zur Mitfinanzierung des Kinderdorfs.

Rumänien:

- Unterbringung, Versorgung, Betreuung, Erziehung sowie schulische Bildung von bis zu 96 Kindern im Kinderdorf in Timişoara.
- Nutzung eines Hauses innerhalb des Kinderdorfs als Jugendhaus zur Begleitung ehemaliger Schützlinge beim Übergang in die Selbstständigkeit.
- Betrieb einer staatlich anerkannten Grund- und Hauptschule, auch für externe Kinder.
- Betrieb einer Gesundheitspraxis mit allgemeinmedizinischer und zahnärztlicher Versorgung.
- In unseren Praxis-Werkstätten u. a. Schneiderei, Friseur können unsere Schützlinge bereits ab 10 Jahren erste praktische Erfahrungen sammeln und eigene Talente und Perspektiven entdecken.
- Betrieb eines Obstanbaus zur Selbstversorgung.

Bosnien:

- Unterbringung, Versorgung, Betreuung, Erziehung sowie schulische Bildung von bis zu 96 Kindern im Kinderdorf in Turija.
- In unseren Werkstätten (Friseur, Kfz-Mechanik, Schneider) sammeln Kinder und Jugendliche erste praktische Erfahrungen.
- Führung der bosnischen Stiftung Selo Mira, die im Auftrag der bestehenden bosnischen Tochterstiftung der Kinderzukunft das Kinderdorf in Turija betreibt.
- Betrieb einer Landwirtschaft zur Selbstversorgung mit Obst und Gemüse.
- Nutzung eines Hauses auf dem Gelände des Kinderdorfs als Jugendhaus zur Begleitung ehemaliger Schützlinge beim Übergang in die Selbstständigkeit.

Kooperationsprojekte

Sambia:

Die in 2018 gestartete Neuausrichtung mit zusätzlichen Kooperationsprojekten in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie weiteren Förderpartnern konnte auch im Jahr 2024 erfolgreich fortgeführt und ausgebaut werden.

Lagebericht

Stiftung Kinderzukunft

Im Berichtsjahr wurden drei Kooperationsprojekte in Sambia durchgeführt: Empowerment für Mädchen durch Menstruationsgesundheit, Cholera-Nothilfe sowie ein Ausbildungsprojekt für Jugendliche

Mali

Mit zweckgebundenen Spenden für Mali wurden über eine dort tätige Hilfsorganisation bedürftige Kinder und ihre Familien unterstützt.

Weihnachtspäckchen-Aktion

Für rund 37 000 hilfsbedürftige Kinder in Bosnien, Rumänien und der Ukraine wurden unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin Lisa Paus in Deutschland in Kooperation mit namhaften Partnern wie Möbel Höffner, REWE und der Techniker Krankenkasse Weihnachtspäckchen gesammelt und vor Ort – unter Medienbeobachtung – direkt an bedürftige Kinder verteilt.

Die Aktion fand große Resonanz in der Presse und wurde umfassend medial begleitet.

Wirkungsbeobachtung

Die seit Jahren anerkannte hohe Qualität der Hilfsleistungen wurde auch 2024 in Zusammenarbeit mit externen sozialpädagogischen Fachkräften weiterentwickelt.

Eine langfristige Kooperation besteht mit der renommierten Schottener Soziale Dienste gGmbH, deren Fachkräfte alle Kinderdörfer und Projekte regelmäßig ehrenamtlich besuchen, begutachten und den Stiftungsvorstand sowie die Kinderdorfleitungen beraten.

Alle Kinderdörfer und Projekte werden mindestens einmal jährlich von unabhängigen, staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfern kontrolliert. Die Ergebnisse fließen in den Wirtschaftsprüfungsbericht der deutschen Stiftung ein und dienen als Grundlage für die Bestätigung der satzungsgemäßen Mittelverwendung.

Im März 2025 wurde der Stiftung das DZI Spenden-Siegel für den Zeitraum vom 01.04.2025 bis 31.03.2026 erneut verliehen. Die Stiftung unterzieht sich dieser Prüfung freiwillig, regelmäßig und jährlich. Das Zertifikat bestätigt die wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spendengelder sowie die Angemessenheit der Verwaltungskosten.

Darüber hinaus werden in allen Ländern und Projekten regelmäßig betriebswirtschaftliche und organisatorische Revisionen durch externe Experten durchgeführt.

Unabhängig davon unterliegen sämtliche Einrichtungen der Stiftung in den Projektländern der staatlichen Aufsicht und werden regelmäßig durch lokale Behörden hinsichtlich Ordnungsmäßigkeit und Gesetzeskonformität überprüft.

Transparenz

Die Stiftung gewährleistet Transparenz durch regelmäßige Projektreisen für Spender und Interessierte, kontinuierliche Medienarbeit mit zahlreichen Presseberichten sowie durch eine stets aktuelle und informationsreiche Website.

Darstellung der Lage

Alle Aktivitäten und der Unterhalt der Kinderdörfer werden aus einer Vielzahl von Geld- und Sachspenden sowie aus den Erträgen des Stiftungskapitals gefördert.

Dabei hat die Stiftung ihre Verwaltungsaufwendungen nur durch die Erträge des Stiftungsvermögens und durch die für Verwaltungsaufwendungen verwendbaren Zuwendungen und Erträge gedeckt. Dementsprechend wurden keine Zuwendungen für Kinderhilfsprojekte zur Deckung von Verwaltungsaufwendungen eingesetzt.

Die Einnahmen aus Spenden und Bußgeldern in Deutschland sind im Vergleich zu 2023 von 2.846 T€ auf 2.703 T€ gefallen. Aus der Anlage des Stiftungsvermögens (Erträge aus Wertpapieren, realisierten Kursgewinnen und insbesondere aus Grundstücksverkäufen weit über Buchwert) konnten 582,4 T€ Erträge realisiert werden (Vorjahr 99,1 T€). Das Sachspendenaufkommen ist von 741 T€ (2023) auf 765 T€ (2024) gestiegen.

Lagebericht Stiftung Kinderzukunft

Langfristige Vereinbarung mit der Batschka Stiftung:

Im Jahr 2024 wurde die Zusammenarbeit und Förderung der Arbeit der Stiftung Kinderzukunft durch die Batschka Stiftung überarbeitet und finalisiert. Diese Vereinbarung wurde durch einen ergänzenden Vertrag erweitert. Die jährliche Förderzusage wurde für die Jahre 2024 bis 2029 auf mindestens 500 T€ erhöht.

Im Jahr 2024 sind der Stiftung aus dieser Fördervereinbarung insgesamt 549,7 T€ zugeflossen. Im Jahr 2025 gingen bis dato 500 T€ zu.

Die Stiftung besitzt ausreichend liquide Mittel und war jederzeit in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Die planmäßig zu tätigenden Ausgaben wurden aus Zuwendungen, den Erträgen des Stiftungsvermögens und aus Verbrauch von Geldvermögen bestritten.

Der Aufwand der Stiftung für die bestehenden Projekte ist bereits in den letzten Jahren dadurch eingedämmt worden, dass sukzessive langfristige Fördermittel von dritter Seite, insbesondere von staatlichen Stellen (Jugendämtern, Sozialministerien, Bildungsministerien) in den Projektländern, akquiriert wurden. Diese Zuschüsse sollen in Zukunft noch weiter gesteigert werden. Die regelmäßigen staatlichen Zuschüsse zu den Unterhaltskosten der Kinderdörfer sind ein weiterer Beleg für die hohe Anerkennung der Leistung der Kinderdörfer und Projekte in den jeweiligen Ländern.

In Bosnien und in Rumänien hat die Geschäftsführung mit den zuständigen staatlichen Stellen vereinbart, dass regelmäßig jährlich 6-stellige Zuschüsse zum Unterhalt der Kinderdörfer bezahlt werden.

Angestrebt wird, dass mit diesen staatlichen Zuschüssen in Zukunft mindestens 50 Prozent der jährlichen Unterhaltskosten der beiden Kinderdörfer gedeckt werden können.

In Guatemala muss über staatliche Zuschüsse zu den Unterhaltskosten des Kinderdorfs jährlich neu verhandelt werden. Diese werden allerdings auch in mittelfristiger Zukunft 30 T€ p. a. kaum überschreiten können, vor allem wegen der anhaltend defizitären staatlichen Finanzlage. Für die Jahre 2025/26 wurde eine umfangreichere Zuschusszahlung zugesagt. Es wäre erstmalig ein größerer staatlicher Zuschuss.

Es ist gelungen, von einem Großspender in Deutschland in 2024 erneut mehr als 100 T€ für das Kinderdorf in Guatemala zu erhalten. Dieser Großspender hat der Stiftung auch für 2025 bereits wieder 80 T€ für den Unterhalt des Kinderdorfs in Guatemala zugewendet.

Risiken der künftigen Entwicklung

Für die Projektarbeit der Stiftung im derzeitigen Umfang und unter den aktuellen Rahmenbedingungen besteht grundsätzlich das Risiko, dass nicht ausreichend Spendeneinnahmen erzielt werden können und gleichzeitig die Vermögenserträge nicht ausreichen, um die Projekte weiter zu finanzieren. Um dieses Risiko zu mindern und die Vermögenserträge zu verbessern, wurde im Jahr 2023 beschlossen, stille Reserven zu aktivieren, indem weitere Grundstücke verkauft werden. Zurzeit wird ein Kaufvertrag verhandelt. Dadurch sollen der Stiftung im Jahr 2025 ca. 1 Mio. € zufließen.

Zudem wurde bereits 2019 eine Satzungsänderung durch die Stiftungsaufsicht genehmigt, die es erlaubt, Verwaltungskosten im Bedarfsfall auch aus Spendeneinnahmen zu finanzieren – ein bei Spendenorganisationen gängiges Vorgehen.

Sollten sich weitere Maßnahmen als notwendig erweisen, könnten innerhalb von ein bis zwei Jahren Anpassungen in der Arbeitsweise der Stiftung vorgenommen werden, um Kosten zu reduzieren. Eine Reduktion des Projektumfangs bei gleichzeitiger proportionaler Senkung der Verwaltungskosten wäre möglich, falls sich die Einnahmen nachhaltig verringern und dauerhaft nicht mehr zur Deckung der laufenden Kosten ausreichen sollten.

Unabhängig davon, welche Risiken zukünftig eintreten, bleibt der Stiftung in jedem Fall ausreichend Zeit, um notwendige Maßnahmen zu ergreifen und diese Risiken erfolgreich zu managen. Der langfristige Fortbestand der Stiftung gilt aus heutiger Sicht als gesichert – notfalls mit einer modifizierten Arbeitsweise und einem reduzierten Projektumfang.

Chancen der künftigen Entwicklung

Trotz negativer Entwicklungen auf dem Spenden- und Finanzmarkt, schwieriger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den Projektländern sowie erheblicher Kostensteigerungen durch Inflation konnte die Stiftung ihre stabile finanzielle Lage aufrechterhalten. Zusätzlich konnten neue Kooperationen aufgebaut und neue Kinderhilfsprojekte initiiert werden.

Die konsequente Umsetzung der strategischen Neuausrichtung seit 2006 mit dem Fokus auf nachhaltige Hilfe für bedürftige Kinder sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung in den Bereichen Pädagogik, Projektmanagement und Marketing haben zu einer modernen, effektiven Organisationsstruktur und einem positiven öffentlichen Image geführt. Staatliche Zuschüsse in den Projektländern tragen seit Jahren zur Stabilisierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Kinderdörfern in Bosnien und Rumänien bei.

Ab Januar 2025 wurde das Team personell verstärkt – ein Mitarbeiter konzentriert sich insbesondere auf die Akquisition von Fördermitteln bei geldgebenden Stiftungen. Ziel ist es, durch weitere mehrjährige Förderzusagen die Einnahmesituation der Stiftung langfristig zu stabilisieren und – wenn möglich – den Umfang der Hilfsleistungen weiter auszubauen. Parallel dazu wird kontinuierlich an der qualitativen Weiterentwicklung der Projekte gearbeitet.

Ein zusätzliches Augenmerk liegt auf der Stärkung der Spendenakquise und der Erhöhung der Sichtbarkeit der Stiftung. Dazu soll ab 2025 die Website grundlegend neugestaltet werden. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt: durch den Ausbau der Social-Media-Aktivitäten, eine gezielte Pressearbeit sowie durch die Unterstützung prominenter Botschafter, die ihre Präsenz in den Medien aktiv nutzen, um auf die Stiftung aufmerksam zu machen. Auch bestehende Spender, Freunde und Förderer sollen motiviert werden, sich als Botschafter für die Kinderzukunft einzusetzen. Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, eine breitere Basis für zukünftiges Wachstum und eine nachhaltige Finanzierung zu schaffen.

Alle Maßnahmen zielen darauf ab, zunächst die Finanzierung und die erreichte Qualität der bestehenden Kinderdörfer und Projekte dauerhaft abzusichern. In einem zweiten Schritt möchte die Stiftung – abhängig von der künftigen Einnahmesituation – neue, nachhaltige Kinderhilfsprojekte realisieren. Voraussetzung dafür ist stets ein hoher Anteil im Vorfeld gesicherter Drittmittel.

Schwerpunkte der langfristigen Planung

Die langfristige Planung der Stiftung zielt darauf ab, die bestehenden Projekte – insbesondere den Unterhalt der Kinderdörfer – auch bei einem stagnierenden oder rückläufigen Spendenmarkt dauerhaft finanziell abzusichern. Vorrangiges Instrument dafür ist der gezielte Ausbau staatlicher Zuschüsse in den Projektländern.

Zusätzlich sollen durch langfristige Förderzusagen die operativen Strukturen der Stiftung nachhaltig abgesichert werden. Über Kofinanzierungen mit Partnerorganisationen, öffentlichen Institutionen und Großspendern sollen neue Kinderhilfsprojekte realisiert werden. Die Stiftung ist hierfür seit 2018 Mitglied bei VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.) und besitzt seitdem Antragsberechtigung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wodurch öffentliche Fördermittel beantragt werden können. Derzeit befinden sich neue kofinanzierte Projekte in Planung. Mindestens ein Projekt soll noch im laufenden Jahr starten.

Angaben zur Frauenquote gem. § 289f Abs. 4 HGB

Die Stiftung unterliegt nicht der gesetzlichen Verpflichtung zur Abgabe einer Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB.

Gründau, Şeptember 2025

Heinz-Werner Binze

V. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Stiftung Kinderzukunft, Gründau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Stiftung Kinderzukunft, Gründau, – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Stiftung Kinderzukunft, Gründau, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stiftung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stiftung unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen

Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Beirats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

aesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Stiftungstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Stiftungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Stiftungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stiftung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Beirat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stiftung zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stiftung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht

mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stiftung abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Stiftungstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Stiftungstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stiftung ihre Stiftungstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stiftung.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es

besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Emmerich am Rhein, den 24. September 2025

rewicon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Heinz-R. Heering, Wirtschaftsprüfe

Vermerk über die Erweiterung der Jahresabschlussprüfung aufgrund § 12 Abs. 3 Hessisches Stiftungsgesetz

Wir haben die Erhaltung des Stiftungsvermögens zum Bilanzstichtag 31.12.2024 und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung wurden in allen wesentlichen Belangen das Stiftungsvermögen zum Bilanzstichtag 31.12.2024 im Rahmen der durch die Stiftungsaufsicht genehmigten Satzung (§ 4 Abs. 4) erhalten und die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 satzungsgemäß verwendet.

Wir haben unsere Prüfung aufgrund von § 12 Abs. 3 Hessisches Stiftungsgesetz unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt. Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfer die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) Die Berufspflichten an. gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile hierzu zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob in allen wesentlichen Belangen das Stiftungsvermögen zum Bilanzstichtag erhalten und die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr satzungsgemäß verwendet wurden, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile in Bezug auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel beinhaltet. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Emmerich am Rhein, den 24. September 2025

rewicon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Heinz-R. Heering, Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

file

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend "Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

i. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrfässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt, Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

- (3) Lelten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.
- (4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.
- (5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.
- (6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht welterverwenden.
- Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuwelsen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbeschelde, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden T\u00e4tigkeiten:
- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachwelse
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

- (5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.
- (6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für
- a) die Bearbeltung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche T\u00e4tigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerh\u00f6hung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsver\u00e4u\u00dferung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.
- (7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwalger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuklner.
- (2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.